

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 5 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 3. Februar 1918 3. Jahrg. 3. Jahrg.
Abonnementspreis: M. 1.— für das Vierteljahr. (Telephon: Nr. 174.) 3. Jahrg. kosten 50 Pfg. als einpaltige Zeitungs- Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen- vermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Inhaltsverzeichnis.

Zur Frage der Beiträge und Unterstützungsleistungen.
Was geht vor. — Wo ist der Reichstag? — Aus unserem Beruf. — Die Friedensfrage im Hauptausfluß des Reichstags. — Verhandlungsnotizen. — Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands. — Ehrenliste. — Literarische.
Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Die Stellung der Gewerkschaften zur weiblichen Erwerbsarbeit. — Eine bürgerliche Studie über die Lage der Arbeiterfrauen im Rheinischen Industriegebiet. — Wohn- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen in der Schokoladen-, Säckwaren-, Kell-, Ledtuchen- und Zwilchindustrie.
Feuilleton: Der Waldsteig.

Zur Frage der Beiträge und Unterstützungsleistungen.

I.
Zu den Verbänden, die ihr Finanzgebahren durch Regelung der Beitragszahlung und der zu leistenden Unterstützungen fester fundamentaler wollen, gehört auch der Bauarbeiterverband. Die Frage ist im Verbandorgan und in den Versammlungen bereits eingehend erörtert worden. Man darf daher annehmen, daß die in dieser Hinsicht gefaßten Beschlüsse der reichlichen Ueberlegung und Ueberzeugung entsprechen. Von den meisten Verbandmitgliedern, die zu der Sache sich äußerten, beantworteten die meisten eine Erhöhung der Beiträge und im Verhältnis dazu auch der Unterstützungsätze.

Einige Gegner meinten, man müsse die Regelung der Materie juristisch stellen, bis wieder normale Verhältnisse eingetreten seien. Demgegenüber konnte darauf hingewiesen werden, daß der Verband damit über die gegenwärtigen und vor allen den Schwierigkeiten während der Uebergangswirtschaft nicht hinweg kommen könne. (Diese Schwierigkeiten haben wir in der vorigen Nummer bereits herausgestellt.) Auch dürfte nicht vergessen werden, daß auf „normale Verhältnisse“, wie sie vor dem Kriege galten, auf absehbarer Zeit überhaupt nicht zu rechnen ist. Die hohen Preise für alle Bedürfnisse des Lebens werden fast ungeschwächt in Wirklichkeit bestehen.

Am 1. und 2. November 1917 abgehaltene Konferenz des Verbandesrats beschloß, einen Verbandstag einzuberufen, der u. a. sich auch mit der notwendig gewordenen Erhöhung der Beiträge, sowie der Verbandleistungen beschäftigen müsse.

Zu Anfangs daran setzte in den Mitgliederversammlungen und in den Verbandorgan die Diskussion über die Fragen ein, wobei das oben unrichtige Gesamtbild heraussprang. Fast überall kam die Meinung zum Ausdruck, daß infolge der Verminderung der Kaufkraft des Geldes eine Erhöhung der Unterstützungen erforderlich sei. Damit ergab sich von selbst dann auch das Abfinden mit einem stärkeren Heranziehen der Mitglieder bei der Beitragszahlung. Wo nichts eintrifft, kann naturgemäß nichts ausgegeben werden; jede Kasse muß die Einnahmen mit den von ihr beanspruchten Leistungen in Einklang bringen. Andernfalls macht sie bald eine Pleite.

Der „Grundstein“ nahm bereits in seiner Nummer 46 vom 17. November 1917 zu der Angelegenheit Stellung. In einer allgemeinen Betrachtung über das Unterstützungswesen legte er u. a.:

„Als feinerzeit die Gewerkschaften Unterstützungen in größerem Umfange einführen, erhoben sich dagegen gar manche Bedenken. Das wichtigste war, daß damit die Gewerkschaften von Kampforganisationen zu Unterstützungsorganisationen herabstiegen, daß sie unfähig würden, Kämpfe um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter zu führen und daß sie ihren Zweck nur noch darin sehen würden, ihre Mitglieder in Fällen der Not zu unterstützen.“

Diese Befürchtungen sind, wie die Entwicklung der Gewerkschaften und der Arbeiterkämpfe gezeigt hat, nicht begründet gewesen. Die Arbeiterkämpfe haben nach Einführung des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften nicht aufgehört; sie sind im Gegenteil zahlreicher und vor allem umfangreicher geworden. Gewaltige, über große Bezirke, ja über das ganze Reich sich erstreckende Kämpfe mußten die Gewerkschaften führen, und sie haben diese Kämpfe — nicht zuletzt dank ihrem gut ausgebauten Unterstützungs-

wesen — zum guten Teil siegreich bestanden. Und wenn es in vielen Fällen nicht zu Kämpfen gekommen ist, so nur deshalb nicht, weil die Gewerkschaften mit Hilfe ihres Unterstützungswesens zu Mächten geworden waren, mit denen die Unternehmer von vornherein rechnen und denen gegenüber es ratsamer schien, sich auf friedlichen Wege zu einigen. Auf diese Weise sind die Arbeiter in zahlreichen Fällen ohne Arbeitsentstellung zu nennenswerten Lohnerhöhungen und andern Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen gekommen. Die Unterstützungsorganisationen haben die Macht der Gewerkschaften nicht geschwächt, sondern gestärkt, indem sie die Fernreisen anboten und die alten Mitglieder bei der Fahne hielten. Seit ihrem Bestehen haben die Gewerkschaften einen gewaltigen Aufschwung an Mitgliedern und Mitteln genommen.

Angesichts dieser Sachlage ist es nur natürlich, daß der Widerspruch gegen die Unterstützungsorganisationen der Gewerkschaften nach und nach verstummt. Die Gewerkschaftsmitglieder gewöhnen sich an die Unterstützungen und die damit verbundenen höheren Beiträge, und im Laufe der Zeit wurden immer mehr Wünsche auf Ausbau des Unterstützungswesens, aber kaum jemals der Wunsch auf Abschaffung eingeführter Unterstützungen laut. Selbst wenn sich bei Einführung einer neuen Unterstützung der beständige Opposition eines Teiles der Mitglieder dagegen geltend machte, so verstummt diese nach Untertreten der Unterstützung in der Regel sehr bald.

Von den zahlreichen Stimmen aus den Mitgliederkreisen, die im „Grundstein“ veröffentlicht wurden, geben wir nachstehend einige im Auszug wieder, soweit sie die Frage von allgemeinem, für alle Verbände in Betracht kommenden Gesichtspunkte behandeln:

„Die Notwendigkeit der Erhöhung unserer Unterstützungsätze wird kaum verkannt werden können... Wenn auch eine ausgiebige Aussprache im „Grundstein“ vorgefallen ist, an der sich die im Heeresdienst stehenden Mitglieder beteiligen können, so darf doch nicht übersehen werden, daß nur ein verschwindend kleiner Teil in der Lage ist, seine Ansätze schriftlich mitzuteilen. Würden die Mitglieder in der Heimat sein, so könnten sie durch Aussprache in Versammlungen und Abstimmung ihre Ansicht zum Ausdruck bringen. Nun führt der Vorstand aus, daß durch die jetzige Regelung es möglich wird, daß die höheren Unterstützungen den aus dem Heeresdienst entlassenen Mitgliedern bereits beim Friedensschluß zugute kommen, sofern sie unterstützungsberechtigt sind, und daß durch die jetzige Neuregelung vermieden wird, daß die damit verbundene Unruhe den Auf- und Ausbau des Verbandes nach Friedensschluß beeinflusst. Beide Gründe sind so triftig, daß ich gern bereit bin, meine anfänglichen Bedenken gegen die Regelung während der Kriegszeit fallen zu lassen. Jedoch wünsche ich andrerseits auch, daß an dieser Neuregelung möglichst viele Mitglieder mitwirken können. Ich möchte deshalb die Frage aufwerfen, ob es nicht möglich ist, die beiden Fragen: Erhöhung der Unterstützungsätze und der Beiträge den Mitgliedern durch Urabstimmung zu unterbreiten, nachdem eine ausgiebige Aussprache im „Grundstein“ stattgefunden hat. An einer Urabstimmung könnten sich auch die Kollegen im Heeresdienst beteiligen, soweit ihre Adressen den Zweigeordneten bekannt sind. Die Erhöhung der Unterstützungen wird kaum auf Widerstand stoßen, wohl aber die Erhöhung der Beiträge. Selbstverständlich ist das erstere ohne das letztere nicht denkbar. Die geplante Erhöhung der Unterstützungen um ein Drittel halte ich für angemessen; ebenso ist die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung in dem geplanten Umfange notwendig.“

•

„Wenn es diese Dinge nur allein wären, die einen Verbandstag erforderlich machten, so könnte damit ganz gut gewartet werden, bis der letzte Akt des Weltbrenns über die Bühne gerollt und alles wieder im neuen Geleise wäre. Nein! Gerade die in unserm Fachblatt nicht berührten Fragen der inneren und äußeren Gestaltung des Verbandes, die Wiedererlangung des großen ogitarischen Zuges, der uns leider verloren gegangen ist, die gefährdrohende innere Zersplitterung der Gewerkschaften, die große Idee der zukünftigen Tarifbewegung, der Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse, Befreiung von den hemmenden Fesseln der Beschneidung und so vieles mehr machen einen Verbandstag unumgänglich notwendig.“

•

Nun zur Unterstützungs- und Beitragsfrage: Daß die Erhöhung der Unterstützung um mindestens ein Drittel notwendig ist, bedarf keines Streites. Ebenso erforderlich ist die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung für die Wintermonate, wenn sie gerecht wirken soll. Bejaht man aber beide Fragen, so hat man die Beitragsfrage zugleich beantwortet. Die Zahlung des Beitrags für das ganze Jahr und die Erhöhung des Wochenbeitrages zugleich erforderlich ist, hängt von der Höhe der zu gewährenden Unterstützungsätze ab, ist somit eine Zweckmäßigkeit- und Verwaltungsfrage.

Die Redaktion des „Grundstein“ bemerkt zu diesen Stimmen: Kollege Schmidt trägt, daß von uns die Notwendigkeit eines Verbandstages nur mit der Wichtigkeit des Ausbaus unseres Unterstützungswesens begründet worden ist und nicht auch mit den von ihm angeführten Gründen. Diese Gründe haben natürlich auf die Entscheidung der Beitragskonferenz ebenfalls mit eingewirkt. Daß der Verbandstag über die Tarifbewegung mit zu entscheiden habe, ist in unserem Bericht von der Beitragskonferenz ausdrücklich gesagt worden. Daß er sich mit der inneren und äußeren Gestaltung des Verbandes beschäftigen wird, ist selbstverständlich... Wie möchten dies hier, ohne die Diskussion über unsere Reorganisation irgendwie beschränkt zu wollen, von vornherein erklären, damit sich in den Kreisen unserer Kollegen nicht die Meinung festsetze, als wollten Vorstand und Beirat auf dem Verbandstag nur die in Nr. 46 des „Grundstein“ behandelten Fragen lösen.

„Ich bin vollständig damit einverstanden, wenn der Beitrag erhöht oder die Beitragszahlung auf das ganze Jahr ausgedehnt wird; denn nur dadurch wird der Verband in der Lage sein, für die Kämpfer der Armen, die Arbeitslosen, in ausreichendem Maße zu sorgen. Wer das Gelingen der Arbeitslosigkeit kennt, wird wissen, was mit dieser Unterstützung geschaffen werden soll, zumal diese jetzt noch auf die Monate Januar und Februar ausgedehnt werden soll. Ich meine, wenn einer das Glück hat, das ganze Jahr arbeiten zu können, so wird es ihm nicht schwer fallen, die paar Mark zu opfern. Und sollte er das Unglück haben, arbeitslos zu sein, so hat er nach den gegebenen Voraussetzungen das Recht, Unterstützung zu beanspruchen.“ (Schluß folgt.)

Was geht vor.

Die alldeutsche Presse hat sich furchtbar aufgeregt über einen Artikel des offiziellen Wiener Fremdenblattes, worin dasselbe sich gegen die alldeutschen Freibereuen wendet. Das selbe befürchtete, daß an Stelle des Staatssekretärs v. Rühlmann der frühere Reichszustanzler Fürst Bülow ernannt werden solle, der die Eroberungspläne der Alldeutschen besser befriedige.

Für die österreichische Regierung hat aber der Vertreter der auswärtigen Politik, Graf Czernin, erklärt, daß er dafür bürgte, daß Österreich keine Anzessionen wolle und daß die besetzten Provinzen das Selbstbestimmungsrecht auf breiterester Grundlage gewährt werden müsse. Das paßt natürlich nicht in den Rahmen der alldeutschen Politik, die partout erobern, viel erobern wollen, wenn deshalb auch noch hundertaufende von Menschen geopfert, Millionen von Geld vergebend und Länder und Güter verendet und verwüstet werden. Darum geht es mit dem Sonderfrieden mit Rußland auch nur sehr langsam vorwärts.

In Breslau-Litomisch entscheidet sich aber nicht nur das Schicksal des Sonderfriedens, diese Verhandlungen sind auch entscheidend für den allgemeinen Frieden. Die österreichisch-ungarischen Arbeiter hatten durch einen gewaltigen Streik über sich ganz Österreich-Ungarn ausgebreitet, Stellung genommen. Sie haben gefordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Breslau-Litomisch von feinerer territorialen Zugeständnissen der Russen abhängig macht, daß die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiter über den Stand der Verhandlungen freimütig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen auf dem Laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert;

daß die Regierung einer gründlichen Reorganisation des Verpflegungsdienstes, insbesondere der Gleichstellung des Selbstverpflegers mit der übrigen Bevölkerung zustimmt.

Beilage zum Schuhmacher-Fachblatt Nr. 5.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Die Stellung der Gewerkschaften zur weiblichen Erwerbsarbeit.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die weibliche Erwerbsarbeit, die während des Weltkrieges einen ungeheuren Umfang angenommen hat, in der künftigen Friedenszeit nicht wieder verschwinden, vielmehr zur dauernden Einrichtung werden. Unser Wirtschaftsleben, das zahlreicher männlicher Arbeitskräfte beraubt worden ist, kann die weibliche Arbeitskraft nicht mehr entbehren, wenn alle die Schäden geheilt werden sollen, die der Krieg unserem Volkstörper zugefügt hat. Unsere Frauen und Mädchen sollten werden teils freiwillig, teils gezwungen auch fernherhin in den Betrieben arbeiten: sei es, daß sie sich an ihre Tätigkeit gewöhnt haben und darin ihre Befriedigung finden, sei es, daß sie durch den Lohn und die dadurch gewährte wirtschaftliche Unabhängigkeit angezogen werden, sei es, daß ihnen die Möglichkeit fehlt, im eigenen Hause ein Stück Brot zu verdienen, sei es, daß der Zwang zum Mitverdienen sie aus dem Hause treibt. Die Arbeitgeber (private wie staatliche) werden dieser Entwicklung freudig zustimmen, weil sie in den Frauen und Mädchen billige und willige Arbeitskräfte erhalten. Schon heute kann man in der Arbeitsgebersprache über Frauen führender Personen lesen, daß Deutschland nur mit billigen Waren den Weltmarkt wieder erobern könne, und daß die wichtigste Voraussetzung einer billigen Warenherzeugung die Verwendung billiger Arbeitskräfte sei. Diese billigen Arbeitskräfte seien vorhanden, es sei lediglich nötig, die arbeitswilligen Frauen und Mädchen den Männern gegenüber als Konkurrenz auszuspielen. Und der Staat macht als Arbeitgeber darin keine Ausnahme.

Offenbar wird die weibliche Berufsarbeit manche Veränderungen in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben mit sich bringen. Es wird auf die Dauer nicht angehen, den erwerbstätigen Frauen und Mädchen eine doppelte Arbeitslast aufzuerlegen. Und das würde dadurch geschehen, daß man ihnen neben der häuslichen Arbeit, die die meisten von ihnen zu verrichten haben, auch noch die volle Arbeit der Männer aufbürdet. Mit der weiblichen Berufsarbeit verhält es sich nämlich ganz anders als mit der der Männer. Hat ein Mann seine Berufsarbeit hinter sich, so ist er sein Herr, er kann sich ausruhen oder einer Liebhaberei widmen. Kommt eine Frau von der Arbeit nach Hause, so warten auf sie allerlei Beschäftigungen, sie muß das Hauswesen besorgen, die Familie mit Nahrung versehen, die Kinder warten, die Wohnung reinigen, Kleidung und Wäsche waschen und was der Arbeiten noch mehr sind. Das können die Frauen auf die Dauer nicht aushalten, wenn sie nicht körperlich und geistig und seelisch zugrunde gehen sollen. Hinzu kommt auch noch, daß unsere Frauen und Mädchen als Geschlechtswesen auch noch wichtige Aufgaben sozialer und kultureller Art zu erfüllen haben. Sie sind die Trägerinnen und Schöpferinnen der kommenden Geschlechter, sie bergen die Zukunft unseres Volkes in ihrem Schoße, auf ihnen beruht die Hoffnung eines künftigen Aufstieges zur Höhe. Aber wie könnten sie diese Aufgaben lösen, wie könnten sie gesunde, kräftige Kinder in die Welt setzen und aufziehen, wenn sie dauernd mit schwerer Berufsarbeit überbürdet sind? Da bleibt denn nichts anderes übrig, als daß man ihnen die Arbeitslast erleichtert, indem man sie von der Hausarbeit möglichst entlastet und andererseits die auf ihnen ruhende Erwerbsarbeit vermindert. Wenn man die Wirkung der weiblichen Berufsarbeit während des Krieges auf unsere Frauen und Mädchen beobachtet, so kann man gar keinen Zweifel mehr hegen, daß unser Wirtschaftsleben auf eine andere Grundlage gestellt werden muß. Es ist einfach ein Unling, in den Betrieben die weiblichen Arbeitskräfte mit den männlichen gleichstellen zu wollen; wer beide mit gleicher Arbeit belastet, der begeht ein Verbrechen an der Gesundheit und dem Wohle des Volkes. Welche Vorkehrungen in dieser Beziehung getroffen werden müssen, mag dahingestellt bleiben, für uns kommt es einstweilen nur darauf an, auf die verhängnisvollen Folgen der überhandnehmenden Frauen- und Mädchenarbeit hinzuweisen.

Für die männlichen Arbeiter bietet diese Frage natürlich ein lebhaftes Interesse. Nicht nur als Volksgenossen sind sie daran interessiert, daß an der Kraft und der Zukunft unseres Volkes kein kapitalistischer Raubbau getrieben wird, auch als Arbeiter kann es ihnen nicht einseitig sein, um das Unternehmertum mit der weiblichen Arbeitskraft umspringen zu lassen. Die denkenden Arbeiter haben nichts dagegen, daß ihre Volksgenossinnen sich berufsmäßig betätigen, aber sie wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß man sie nur als Konkurrenzkonkurrentinnen mißbrauchen will. Darum fordern sie für beide Gruppen dieselben Lohnbedingungen bei gleicher Arbeitsleistung, um dem Ausbeutertum den Anreiz zu nehmen, die weiblichen Arbeitskräfte als Lohnbrückerinnen gegen die männlichen auszuspielen. Von den Frauen und Mädchen fordern sie, daß sie sich als Kolleginnen und Kameradinnen betätigen und Schutler an Schutler mit den Männern um eine bessere Lebenshaltung kämpfen. Offenbar besteht die Gefahr, daß ein erbitterter Kampf der Geschlechter entbrannt, aus dem lediglich das Unternehmertum Vorteile

ziehen, die Arbeiterklasse aber geschwächt hervorgehen würde, und dem muß von Anfang an vorgebeugt werden. Zu dem Zwecke ist es unbedingt nötig, daß Männer und Frauen und Mädchen eines Berufes, in ein und derselben gewerkschaftlichen Organisation vereinigt, gemeinsam ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen vertreten. Das Verbot für die Gewerkschaften ist also eine wichtige Aufgabe für die Männer und der Beitritt zur Gewerkschaft ist die wichtigste Pflicht der Frauen und Mädchen. Schon heute sind die deutschen Gewerkschaften eifrig bemüht, für die weiblichen Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, und sie werden dies um so eher erreichen, je mehr sich die Frauen und Mädchen der Organisation anschließen.

Wir wissen alle, wie schwer es ist, die weiblichen Berufe für die Gewerkschaft zu gewinnen. Hier spielt die Rückständigkeit und der Mangel an Gewöhnung eine Rolle, auch betrachten die meisten Frauen und Mädchen ihr Arbeitsverhältnis nur als eine vorübergehende Erscheinung, der sie je eher je lieber den Rücken kehren. Deshalb halten sie es für zwecklos, sich zu organisieren. Hier muß die gewerkschaftliche Aufklärung und Erleuchtungsarbeit einsetzen. Sie muß den Kolleginnen die Lieberzeugung beibringen, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt notwendig, daß aber diese Besserung nur durch eine starke, geschlossene Organisation zu erreichen ist. Ferner muß der Wille der Frauen und Mädchen gestärkt werden, damit sie das, was sie als richtig erkannt haben, auch in die Tat umsetzen, damit sie den Mut der Lieberzeugung besitzen und selbst gegen den Willen ihres Unternehmers oder dessen Stellvertreter, des vorgelegten Beamten, der Gewerkschaft angehören. Endlich drittens muß den erwerbstätigen Frauen und Mädchen die Lieberzeugung beigebracht werden, daß die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft eine Ehrensache ist und daß es bei anfänglichen Meinungen als unehrenhaft gilt, die Erwerbseinkünfte ihrer Gewerkschaft mit in Anspruch zu nehmen, selbst aber nichts dazu beizutragen. Das eigene Interesse und das Interesse aller Kolleginnen und Kollegen erfordern dringend die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft.

Eine bürgerliche Studie über die Lage der Arbeiterfrauen im Rheinischen Industriegebiete.

Frau Dr. H. Fischer-Erdert's Buch zerfällt in 8 Kapitel. Zunächst erfahren wir über die Lage und Entwicklung Hamburgs recht interessante Einzelheiten. 1871, also im Rausch der Gründerjahre, entstand die Gewerkschaft Deutscher Kaiser. Sie arbeitete die ersten Jahre mit 90 Mann Belegschaft. Ende der 80er Jahre, bei einer Krise im Bergbau, verstand es Herr Thyssen, den Hauptanteil der Anteilnahme in seinen Besitz zu bringen. Vom Jahre 1900 an haben wir das riesenhafte Anstehen der Produktionsziffern und gleichzeitig damit das rasche Steigen der Bevölkerungszahl. Vor 1900 zählte Hamburg noch nicht 300 000 Einwohner, 1912: 106 000; 1895 übertraf die Gewerkschaft Deutscher Kaiser 358 272 Tonnen Kohlen und hatte 1300 Mann Belegschaft; 1909: 3 600 045 Tonnen Kohlen und beschäftigte 15 700 Mann. Unter Thyssens Herrschaft wurde das Unternehmen zu einem geschäftlichen Betriebe ausgegliedert. An das Kohlenbergwerk wurde ein Hüttenwerk angegliedert. 1910 arbeiteten auf dem Hüttenwerk 8293 Mann. Neben dem Thyssen'schen großindustriellen Unternehmen ist noch das der Firma Hamel zu nennen. Das Steintoblenbergwerk Reumühl, das 5500 Arbeiter beschäftigt, und das erst in dem letzten Jahrzehnt einen kolossalen Aufschwung genommen hat, spielt für die Entwicklung Hamburgs die zweite Rolle. Um den Einfluß, den das rasche Wachsen der Stadt auf Handel und Gewerbe gehabt hat, zu zeigen, gibt Frau Fischer-Erdert die Zahlen der gewerblichen Betriebe von heute und setzt in Klammern die von 1900 daneben. Folgende Ziffern scheinen uns dabei besonders bedauerlich: Konsumantinnen der Gewerkschaft Deutscher Kaiser 17 (1900: 2); Allgemeine Konsumvereine 2 (1900: 0); Abzahlungsgesellschaft 22 (1900: 1).

Die Verfasserin läßt uns Einblicke tun in die Schwierigkeiten, die die Gemeinde infolge ihrer beschleunigten Selbstverwaltung bei der rasend schnellen Entwicklung auf dem Gebiete des Verkehrs-, Steuer-, Schul- und Wohnungswesens hatte und hat. Das 2. Kapitel ihres Buches ist ausschließlich der Wohnungsfrage gewidmet. Frau Fischer-Erdert leistet ihre Darstellung mit einer Lieberlichkeit über die Bodenverteilung der Gemeinde Hamburg ein. Von dem Gesamtfächenraum von 2243 Hektar hat die Großindustrie 1309 Hektar in ihrem Besitz. Thyssen selbst hat seine Hand auf rund 1000 Hektar gelegt — die Gemeinde Hamburg bingegen hat nur über 86 Hektar Verfügungsrecht! Der Bodenbesitzer Herr Thyssen, wenn auch der Bodenbesitz der andern Industriellen ziemlich bedeutend ist. Erbaut hat die Gewerkschaft Deutscher Kaiser auf einem Gelände von 125 Hektar 2500 Wohnhäuser, die insgesamt über 7000 Familien beherbergen. Die Baumasse ist die von Mietstartern. In niedrigeren Reihchen stehen die zwei- und dreistöckigen Häuser da. Die

Koloniewohnungen der Gede Reumühl, durchweg Zweifamilienhäuser, machen mit ihren Vorgärten einen weit freundlicheren Eindruck. Die Mietpreise sind die gleichen wie für die Wohnungen in der Thyssen'schen Kolonie. Da die private Bautätigkeit sehr wenig leistete, haben nach Meinung der Verfasserin die Koloniebauten zweifellos den großen Vorteil, den scharenweise heranströmenden Arbeitermassen eine schnelle und menschenwürdige Unterkunft zu billigem Mietpreise zu gewähren. Aber was eine bürgerliche Feder über die Nachteile der Koloniewohnungen bucht, verdient auch festgehalten zu werden. Frau Fischer-Erdert erklärt:

Alle Einwohner gehören demselben Berufe, derselben gesellschaftlichen Schicht an. Wie die Häuser schon durch ihre äußerliche Übereinstimmung gleichsam als das uniformierte Symbol der ewig gleichmäßigen Beschäftigung seiner Bewohner wirken, ebenso spielt sich auch das Leben seiner Anassen, gleichsam wie das in der Freiheit lebender Gefangener, genau nach dem Schema der Schicht ab. Wenn die Männer von der Schicht kommen oder zur Schicht gehen, dann ist für den Augenblick Leben in den Straßen. Aber die meist ernst und bleich aussehenden „Hentleinämer“ sind den Bewohnern der Straßen gar keine Abwechslung, sie sind die typische Erscheinung in ihnen, denn um ihretwillen stehen ja diese einförmigen, gleichmäßigen Häuser da. Diese gleichmäßigen Häuser sind ihnen kein Heim, in dem sie ihren Beruf vergessen sollen, sie sind ihnen ein Unterstufwerk zum Schlafen und zum Essen, sie gehören dort hin, solange sie zu dem Kolonieherrn auf Arbeit gehen. Diese Abhängigkeit des Arbeiters von seinem Arbeitgeber zeitigt um so größere Unzufriedenheit bei den Arbeitnehmern, weil diese doch auch ganz genau wissen, daß in erster Linie das Interesse des Arbeitgebers und nicht seine Fürsorge für die Arbeiter den Bau von Koloniewohnungen veranlaßt hat. Wohnungsmangel und Arbeitermangel greifen nicht ineinander, und um das letztere nicht aufkommen zu lassen, muß er (der Arbeitgeber) notgedrungen den ersten seine Aufmerksamkeit zuwenden. Die Beschaffung von Wohnungen dient also einzig und allein der Beschaffung von Arbeitern, die auch in ihrem Privatleben einer gewissen werterblichen Gebundenheit nicht entziehen. Bei Streiks und Ausperrungen, Kämpfen, die durch die Gewerbeordnung legalisiert sind, der in den Kolonien wohnende Arbeiter ablosol von dem guten Willen seines Arbeitgebers abhängig, denn die formelle Entlassung zwingt den Entlassenen oder Ausgesperrten auch aus seiner Wohnung hinaus. Darum zwingt ihn diese Verquickung von Wohnungs- und Arbeitsverhältnis aus Rücksicht auf das Untertommen seiner Familie, von dem entzwickelbaren Wahrnehmung seiner Arbeiterinteressen im Arbeitsverhältnis Abstand zu nehmen. Der auf der nächsten Seite des Buches abgedruckte Mietvertrag bestätigt das mit dürren Worten. Es heißt da: „Im Falle einer Beteiligung des Mieters an Arbeiterausständen muß die Wohnung auf Verlangen der Vermieterin ohne weiteres sofort geräumt werden.“ Die Koloniewohnungen sind Ketten der Wohnarbeit.

Von dem entweder: größere wirtschaftliche und persönliche Unfreiheit in den Koloniebauten, oder: teure Miete in unangünstigen Privatwohnungen, wird die Arbeiterschaft an Orte hin und her gestossen. 44,45 Prozent war die ershörend hohe Zahl der Umzugsabhängigkeit im Jahre 1911. Also fast jede zweite Familie oder ledige Person zog im Jahre 1911 einmal um. Außer den beiden hervorzuhebenden Ursachen des häufigen Wohnungswechsels nennt die Verfasserin noch die Räumigung, die kinderreiche Familien bei jeder ersten Gelegenheit erhalten — im Jahreshundert des Kindes —, und die Kontrolle durch die Wohnungspolizei. Welche Folgen das häufige Umziehen für den Arbeiterhaushalt hat, beschreibt Frau Fischer-Erdert also: „Dreimal umgezogen ist einmal abgebrannt“, und arm, abgebrannt bis auf das allernotwendigste, werden die kinderreichen, kaum seligen Zahler von einer Wohnung zur andern gehetzt, und wenn es gar nicht mehr geht, dann läuft der Vater die Gassen oft in der Not sitzen und sucht in der Ferne wieder Boden zu gewinnen. Es bleibt gar nicht aus, daß diese Familien schließlich die Hilfe der Oeffentlichkeit in Anspruch nehmen müssen und somit eine höhere Belastung des Armenetats bewirken.“ Ein Auszug aus dem Verwaltungsbericht des Armenrates 1911 bestätigt die Darstellung der Verfasserin. Die kleineren und mittleren Beamten haben sich übrigens durch Gründung einer eigenen Baugenossenschaft von dem ungünstigen Wohnungsmarkt Hamburgs unabhängig gemacht.

Im nächsten Kapitel erfahren wir, aus welchen Nationen sich das bunte Bevölkerungsgemischel Hamburgs zusammensetzt, und wie es um seine Selbstständigkeit bestellt ist. 21,84 Prozent, also fast der fünfte Teil der Einwohner, waren 1911 Reichsausländer; 1901 waren es erst 15,28 Prozent, d. h. fast der siebente Teil. Unter den 80 000 deutschen Reichsausländern befinden sich gegen 19 000 Deutsche. Die Oesterreicher und Ungarn stellen zu den Ausländern das stärkste Kontingent; ihnen folgen die Italiener. Im Jahre 1911 gab es in Hamburg fast 2000 Italiener und rund 19 000 Oesterreicher und Ungarn. Diese Ausländer

Es lebte, ob verheiratet, kommt zum weitaus größten Teil aus naturata... (Text continues with details about labor conditions and wages.)

Wochenlöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen i. d. Schokoladen-, Suckerwaren-, Keks-, Lebkuchen- und Zwiebackindustrie.

Wie unsere Jahrbücher aus den Kriegsjahren zeigen, haben wir in jedem Kriegsjahre eine Erhebung über die Entwicklung der Verhältnisse in der Süßwarenindustrie...

Dagegen hatten wir in den Jahren 1910 und 1912 auch allgemeine Erhebungen über den Stand der Wochenlöhne in dieser Industrie...

Run drängte sich im Berichtsjahre immer mehr die Notwendigkeit auf, auch erneut wieder daran zu gehen, solche Feststellungen über die Gehälter der Löhne vorzunehmen...

Wenn auch die Schwierigkeiten sehr groß waren, die sich dieser umfangreichen Arbeit in den Weg stellten, so kann jetzt erfreulicherweise gesagt werden, daß es uns in den Wochen des Monats November unter außerordentlicher Anstrengung unserer Vertrauensleute möglich wurde, diese

Schwierigkeiten zu überwinden. Es liegt denn nun das Resultat dieser umfangreichen Arbeit vor uns! — Wir haben dieses Mal nicht, wie 1910 und 1912, die Löhne nur gemeinsam von allen Fabrikanten einer Stadt angegeben...

Doch zunächst noch einige Worte über die Entwicklung der Süßwarenindustrie im Jahre 1917 im Vergleich zu den vorhergehenden Kriegsjahren. Das ganze Jahr hindurch fehlte der Rohstoff, das wichtigste Rohmaterial für die Schokoladen- und Kakaofabriken, vollständig...

Die Süßwarenfabriken hatten, wie im Vorjahre, das ganze Jahr hindurch 25 Prozent Zucker von ihrer Friedensration zu verarbeiten, konnten also ihre Betriebe in beschränktem Maße aufrecht erhalten.

Dagegen machte die Keksindustrie große Schwankungen durch, und monatlang waren die meisten dieser Betriebe ganz geschlossen, weil ihnen kein Mehl geliefert wurde...

Die Lebkuchenzabriken lagen vom März an bis kurz vor Weihnachten durchweg vollständig still, weil ihnen kein Mehl und anderes Rohmaterial mehr geliefert wurde...

Unsere Erhebung vom November 1917 konnte sich erstrecken auf 247 Fabriken mit insgesamt 1881 beschäftigten Männern und 5689 Frauen und Mädchen, also zusammen 7550 Beschäftigten.

Ein Vergleich mit den Vorjahren ergibt folgendes:

Table with 3 columns: Jahr der Erhebung, Betriebe, Beschäftigte Personen. Rows include years 1917, 1918, 1914, 1912, 1910, 1908.

Wir sind auch nicht wie bei der Erhebung 1912 so sehr besorgt, daß wir Gemißheit haben, alle Betriebe sofort zu haben, ist die Zahl der Mitarbeiter, die der Zahl ihres beschäftigten Personals nach von Bedeutung sind, nur sehr gering...

Sicher haben wir die Betriebe alle wieder von der Erhebung erfaßt, die 1914 bei Kriegsausbruch in die Erhebung einbegriffen waren. Damals waren in 236 Betrieben 51 353 Personen beschäftigt; heute in 247 Betrieben 75 550, also noch nicht einmal der vierte Teil mehr, da bei Kriegs-

Die Frauenarbeit

In den erfaßten Betrieben ist im Berichtsjahre weder hinsichtlich im Verhältnis zur Zahl der bedeutend geringeren männlichen Arbeiterbeschäftigten. Während im Jahre 1917 noch 20,01 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten Männer und 79,99 Prozent Frauen und Mädchen waren...

Table with 4 columns: Jahr der Erhebung, Mächtige, Prozent der Gesamtzahl, Weibliche, Prozent der Gesamtzahl. Rows include years 1917, 1916, 1915, 1914, 1912, 1910, 1908.

Kauch mit obiger Einschränkung lehnen diese Zahlen nur deutlich, daß die nach Ansicht der Fabrikanten teuerere männliche Arbeitskraft in den Fabriken immer mehr durch die billigere weibliche Arbeitskraft verdrängt wird...

(Deutsche Arbeiter- und Konsumierzeitung)

Der Waldsteig.

(Fortsetzung)

Als aber die Sonne ihre Strahlen im Frühlinge wieder warm und freundlich herabfallen ließ, und als sich Tiburius aus seinen Nächten, welche von dem Tode handelten, überzeugt hatte, daß jetzt dort auch schon die wärmere Jahreszeit angebrochen sei...

Als er dort angekommen war, als man alles ausgepackt hatte, als die lebenden Chinesen vor seinem wohlgeordneten Bett prangten, ging er daran, sich für den bevorstehenden Sommer einzurichten...

„Sa.“ sagte er, „ich bin schon sehr länger Zeit in dem Bade, ich bin auch schon oft hier herausgekommen, habe Dich aber nie gesehen, natürlich, weil noch gar keine Erdbeeren sind.“

Er wand eine Weile und ging herum und schaute. Da er das zweite Mal hinausgekommen war, zeichnete er und ging dann tief in seinen Waldesfad hinein...

schloßen. Selbst die Steine, die er sehr wohl kannte, hatten manches liebe Grün, und auf verschiedenen Stellen war nur ein dürftiges Pflänzchen zu gewinnen war...

Als auf diese Weise einige Zeit vergangen war, als viele recht schöne Tage über das Gebirge und über das Tal gingen, als er sogar schon einmal durch das ganze Schwarzholz bis hinaus zu dem Anblicke der Schneefelder...

„Sa.“ sagte er, „ich bin schon sehr länger Zeit in dem Bade, ich bin auch schon oft hier herausgekommen, habe Dich aber nie gesehen, natürlich, weil noch gar keine Erdbeeren sind.“

„Was tut nichts, ich komme doch öfters heranz.“ antwortete Maria, „denn es wachsen verschiedene heilsame und wohlschmeckende Kräuter, die im Frühlinge sehr gut sind.“

„Nein, nein, Maria.“ antwortete er, „ich heiße Theodor, ich heiße natürlich Theodor Freitag. Die Leute haben mir den Namen Tiburius aufgebracht, er kam mir schon ein paar mal zu Ohren, und ein Freund zu Hause nennt mich unauffällig so — wenn Du meinen Worten nicht glaubst, so kann ich es Dir beweisen — warte ich habe einige Briefe bei mir, auf welchen die Aufschrift auf meinem Namen gemacht ist — und wenn Du dann auch

nach zweifelt, so kann ich Dir morgen mein Taufzeugnis zeigen, in welchem mein Name unvordringlich steht.“

Bei diesen Worten griff er in die Brusttasche seines grauen Rockes, in der er mehrere Papiere hatte. Maria aber sagte ihm an dem Arme, hielt ihn zurück und sagte: „Laßt das, Ihr braucht es nicht. Weil Ihr es gefasst habt, so glaube ich es schon.“

„Er ließ mit einigem Zögern die Papiere in der Tasche liegen die leere Hand heraus, und Maria ließ dann mit ihr ihren letzten Blick los.“

„Nach einer Weile fragte Herr Tiburius: „Wo bist Du mir in dem Bade nachgekommen?“

„Maria schwieg ein wenig auf die Frage, dann sagte sie: „Freilich habe ich Euch nachgefordert. Die Leute sagen auch noch andere Dinge — sie sagen, daß Ihr ein sonderbarer und närrischer Mensch seid — aber das ist nicht!“

„Nach diesen Worten richtete sie sich zum Gehen. Herr Tiburius ging mit ihr. Sie sprachen von dem Frühlinge, von der schönen Zeit, und wo der Weg die Gabel bilden trennten sie sich — ihr Pfad ging links in die Waldeshöhle hinunter, der seinige rechts gegen die Wand.“

Herr Tiburius ging nun auch einmal auf den Waldhügel hinauf, wo das Haus ihres Vaters stand, und nach diesem ersten Besuch kam er öfter, indem er die Pferde und Leute auf dem gewöhnlichen Plage der Straße auf sich warten ließ. Er saß bei dem Vater und redete von verschiedenen Dingen mit ihm, wie sie dem Manne einfallen — und er redete auch mit Maria, wie sie in der Stube saß, so herumarbeitete, oder, wenn sie in der Stube waren, so ihnen an den Tisch trat und zuruckste — oder wenn sie auf der Gartentreppe saßen, daneben stand, die Hand an das Angesicht hielt und auf die ferneren Berg- oder Wollen hinausschaute...

(Fortsetzung folgt.)